

Information **über den CDU-Bundesparteitag am 27./28. 11. 2006 in Dresden**

Die Ausgangslage

Der Parteitag fand nach einem Jahr großer Koalition unter der Kanzlerschaft von Angela Merkel statt. Nach anfänglichen Erfolgen dieser Koalition kippte die politische Stimmung. Zeitweise fiel die Union in Umfragen sogar hinter die SPD zurück. Der Sinn der Gesundheitsreform konnte der Bevölkerung nicht vermittelt werden. Das Bild der CDU bei der Wählerschaft ist von guten Werten weit entfernt. Das alles trotz der Tatsache, dass die Partei in 14 von 16 Bundesländern in der Regierung verankert ist und in 11 Ländern den Ministerpräsidenten stellt.

Auch innerhalb der CDU kann von Einheit und Geschlossenheit nicht die Rede sein. Jürgen Rüttgers prägte den Begriff von der „Lebenslüge“ über die Aussage, weniger Steuern schafften mehr Arbeitsplätze. Und er reichte einen Antrag zum Parteitag ein, die Dauer des Arbeitslosengeldes I länger an diejenigen auszuzahlen, die länger in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt haben. Zu diesem Punkt gab es eine innerparteiliche Debatte bereits vor dem Parteitag. Schon das war für die CDU relativ neu.

Der Hintergrund für diese angespannte Situation besteht darin, dass es verschiedene Richtungen in der CDU gab und gibt. In welche Richtung soll sich die Partei innerhalb der großen Koalition profilieren? Soll der stramme neoliberale Kurs des Leipziger Parteitages (2003) fortgeführt oder soll mehr auf die soziale Balance geachtet werden? Damals wurden die Kopfpauschale und das Bierdeckel-Steuerkonzept von Friedrich Merz unter tosendem Beifall der Delegierten beschlossen. Der „alte Sozialflügel“ der CDU wurde in Person von Norbert Blüm ausgelacht und ausgebuht. Die sicher geglaubte Bundestagswahl, in der eine Koalition mit der FDP in greifbarer Nähe schien, kam nicht zustande. Die Union musste sich auf eine ungeliebte große Koalition mit der SPD einlassen.

Das enttäuschende Ergebnis der Bundestagswahl wurde nicht aufgearbeitet. Aber in weiten Teilen der Union wurde das schlechte Ergebnis dem zu technokratischen Wahlkampf, der „sozialen Kälte“, die dort vorherrschte, und damit auch Angela Merkel angelastet. Das Ergebnis der Bundestagswahl verdeutlichte, dass dieser neoliberale Kurs keine Mehrheit in der Bevölkerung hatte. Über Gerechtigkeit wurde nun auch in der CDU stärker diskutiert.

Angesichts der neuen Töne aus der CDU und einiger politischer Schritte der großen Koalition war in den letzten Monaten in den Medien und in der Öffentlichkeit öfters von der „Sozialdemokratisierung der CDU“ die Rede. All das führte dazu, dass es eine große Verunsicherung an der CDU-Basis und in ihrem Umfeld gab. Harsche Kritik gab es auch vom verhinderten Wunsch-Koalitionspartner FDP.

Die hier beschriebene Ausgangslage vor dem Parteitag ist wiederum nur zu erklären, wenn man den Blick auf die generelle innere Verfasstheit der CDU richtet. Man kann von drei Grundströmungen in der CDU ausgehen:

- die neoliberalen Modernisierer,
- die traditionellen Wertkonservativen,
- die Befürworter des Sozialstaates der alten Bundesrepublik.

Die neoliberalen Modernisierer wollen den Rückbau des Sozialstaates und der Bürokratie, mehr individuelle Eigenverantwortung, eine niedrige Staatsquote u. ä. Sie stehen den gesellschaftspolitischen wie den Wertefragen (Ehe und Familie, Abtreibung, Homosexualität, Einwanderung, Gentechnologie, Rechtsschreibung, Nation, Glaube etc.) in der Regel gleichgültig gegenüber.

Für die Wertkonservativen wiederum ist das Gebiet der Moral, der traditionellen bürgerlichen Werte das Bestimmende. Sie wenden sich vor allem gegen kulturelle Modernisierungen, gegen eine moderne Lebensweise.

Die Befürworter des Sozialstaates der alten Bundesrepublik wollen möglichst viele alte soziale Regelungen, die sie mit geschaffen haben, erhalten.

Wichtig ist hier auf die kulturelle und die politische Dimension der CDU zu schauen. Kulturell befindet sich die CDU in einem tief greifenden Wandlungsprozess. Er wurde vor allem durch und mit Angela Merkel, mit der Familienministerin von der Leyen oder Bildungs- und Wissenschaftsministerin Anette Schawan forciert. Die CDU-Vorsitzende sagte in ihrer Parteitage, Familie ist wichtig, Grundlage usw., aber auch der Staat trägt eine große Verantwortung. Ein großer Teil der CDU hat diese Wandlung noch nicht vollzogen. Gleichzeitig gibt es die politische Differenzierung. Die Anhänger des alten Sozialstaatsmodells nehmen nur noch eine Minderheitenposition ein.

Auf die Politik der großen Koalition bezogen, kommt die Kritik von unterschiedlichen Seiten in der CDU. Die Wertkonservativen stören solche Maßnahmen wie die Vätermomente beim Elterngeld, Ganztagschulen, die größere Rolle von Kindergärten, Antidiskriminierungsgesetz). Die Anhänger des Sozialstaates der alten Bundesrepublik stören die Einschnitte bei der Eigenheimzulage und der Pendlerpauschale, die höhere Mehrwertsteuer oder auch ein Teil der Regelungen bei Hartz IV.

Die Debatte direkt vor dem Parteitag ging im Kern darum, ob die Orientierung des Leipziger Parteitages ungebrochen als die Identität stiftende Orientierung der CDU weiter verfolgt wird oder ob soziale Akzente (reale oder vermeintliche) verstärkt werden sollen. Die Frage lautete: Wie reagierte die CDU-Vorsitzende und Kanzlerin, Angela Merkel, auf diese Gemengelage?

Die Rede von Angela Merkel

Selbstverständlich hat sich die CDU-Vorsitzende nicht auf eine Richtung der streitenden Flügel begeben. Sie versuchte mit den üblichen Ritualen zusammenzubinden: Wirtschaftliche Vernunft und sozialer Ausgleich gehörten zusammen. Sie stellte sich dann auch hinter beide Anträge von Rüttgers zum Arbeitslosengeld I und von Oettinger zur Lockerung des Kündigungsschutzes und für betriebliche Bündnisse für Arbeit.

Angela Merkel versuchte die Delegierten und damit die CDU auf die neuen Bedingungen, vor allem der Globalisierung, einzuschwören und eine für die CDU adäquate Antwort zu vermitteln. Sie versuchte „Visionen“ den Delegierten zu vermitteln, ohne eine entsprechende Wirkung zu erzielen. Diese langen Passagen ihrer Rede wurden von den Delegierten mit einer großen Gleichgültigkeit freundlich „ertragen“, mehr aber auch nicht.

Sie verglich die Tragweite der heutigen Entwicklung hin zur Wissensgesellschaft mit der Wende von der Agrar- zur Industriegesellschaft. Sie stellte die Frage nach dem Ordnungsrahmen für die veränderte Welt, „um Teilhabe für jeden Einzelnen an den Ressourcen, den Früchten und dem Fortschritt unserer Gesellschaft zu ermöglichen“?

Die richtige Antwort auf die Herausforderung unserer Zeit bestehe in einer „Doppelstrategie der Politik“. Die Welt brauche einen „internationalen Ordnungsrahmen des Wettbewerbs“. Schüren von Angst, Abschottung und Protektionismus seien keine Antwort. Ein fiktiver Weltstaat sei eine falsche, sozialistische Antwort. Es gehe vielmehr um „neue Mechanismen des privaten und politischen Handelns in internationalen Organisationen“. Ein freier und fairer Welthandel benötige Sozial- und Umweltstandards. Eine Verzahnung der Bereiche von WTO, dem internationalen Währungsfonds und Weltbank sei erforderlich. Und sie forderte in diesem Zusammenhang die verschiedenen Einzelmaßnahmen, (um die sich die Ministerpräsidenten stritten), in ein Gesamtkonzept einzubetten.

Zu diesen Ausführungen fanden die Delegierten keinen Zugang. Das war für sie alles weit weg. *Die Linke allerdings muss auf diese politische Strategie eine schlüssige Antwort bieten. Protest gegen den G-8-Gipfel in Heiligendamm ist richtig, aber nicht ausreichend. Protektionismus wie auch die Orientierung auf einen Weltstaat sind keine adäquaten Antworten.*

Die CDU-Vorsitzende sprach auch klar aus, dass die größte Gefahr für die Politik davon ausgehe, wenn die Menschen nicht mehr an die verändernde Kraft der Politik glauben. Sie warnte ausdrücklich davor, Angst zu schüren. Sie betonte, das Vertrauen Verlässlichkeit voraussetze. Hier bemühte sie sich, ihre Politik „der kleinen Schritte in die richtige Richtung“ zu begründen. Und sie legte ein Bekenntnis zu einem „handlungsfähigen Staat“ ab. *Insgesamt wurde aber keine klare politische Linie sichtbar. Es blieb bei den allgemeinen Beschwörungen von einer sich rasant veränderten Welt, von der neuen internationalen Marktwirtschaft, vom christlichen Menschenbild, von Leipzig aber auch von sozialer Ausgewogenheit usw.*

Angela Merkel stellte das Ziel für die CDU, wieder 40 Prozent plus X bei den nächsten Bundestagswahlen zu erreichen. Die Auseinandersetzung mit der SPD gehe darum, wer die richtige Antwort auf die von ihr beschriebenen strategischen Fragen finde. *Allerdings werden stabile Zweier-Koalitionen (die CDU orientiert nach wie vor auf die FDP) immer schwieriger. Diese Tatsache thematisierte sie nicht, auch nicht die Tatsache, dass sich die Rolle der großen Volksparteien in einer hoch ausdifferenzierten Gesellschaft relativiert.*

Die Debatte

Für die CDU ungewöhnlich und bei Kohl undenkbar war die Diskussion. Hier stritten sich ohne Übergang nach der Rede von Angela Merkel die CDU-Ministerpräsidenten. Rüttgers verteidigte nachdrücklich seine Position. Änderungen von Hartz IV seien „ein Signal für mehr Leistungsgerechtigkeit“. „Leistung muss sich wieder lohnen, auch in der Arbeitslosenversicherung.“ Es sei nicht richtig, wenn ältere Arbeitnehmer bei Erwerbslosigkeit alles Ersparte opfern müssten. Man könne die Leute, die fürs Alter gespart hätten nicht so behandeln, wie jemand, der sein Geld durchgebracht habe. „Wenn 80 Prozent der Leute das wollen, dann ist das nicht links, sondern die Mitte der Gesellschaft.“ Er betonte, die Ängste der großen sozialen Mittelschicht sei die Herausforderung der Zeit. *(Das ist die eigentliche Frage, um deren Antwort die Parteien ringen. Es geht gar nicht um die eigentliche Unterschicht. Es geht bei der längeren Bezahlung des Arbeitslosengeldes I genau um die mittleren Schichten der Bevölkerung, die nie wirklich etwas mit der Unterschicht zu tun hatten. Deshalb ist das eine herausragende Frage für die beiden großen Volksparteien).*

Oettinger warnte demgegenüber vor einer Verengung der sozialpolitischen Debatte auf das Arbeitslosengeld. Und er warnte die CDU vor einem „strategischen Fehler“: „Wir müssen

schon sehen, dass die Wirtschaft in Gang bleibt.“ Es gehe in erster Linie um mehr Freiheit, um mehr Markt und um mehr soziale Treffsicherheit. Im Mittelpunkt müsse stehen, die Beschäftigung zu stärken. Auch der Bäckermeister habe Angst, die Löhne zahlen zu können. Wenn die Wirtschaft läuft, dann entstünden auch mehr Arbeitsplätze. (Diese Auffassung ist die klassische neoliberale Position).

Peter Müller (Saarland) meinte, bei der Gerechtigkeit hätte es in der Vergangenheit Nachholbedarf gegeben. Leipzig hätte den Reformbedarf beschrieben. Dresden müsse das Signal geben, dass es gerecht dabei zugehe.

Karl-Joseph Laumann (CDA-Vorsitzender und Minister in NRW) sagte es viel deutlicher: In Leipzig wären die zwei Seiten einer Medaille nicht zusammengebracht worden. Die CDA sei in den letzten Jahren „untergepflügt“ worden... Der Hamburger Bürgermeister Ole van Beust hielt dagegen... *So verlief der Beginn der Plenardebatte. Es ging in der Debatte zusammengefasst um markradikale Befreiungsrhetorik auf der einen und einer Stärkung der Sozialkomponente andererseits. Dabei ist klar, das es im Kern weniger um eine generelle Richtungsänderung, als um einige wenige andere Akzente geht und bei einigen nur um das Image der Partei und von sich selbst, nicht um mehr!*
Es war eine nach innen gerichtete Debatte, wie sie für die CDU untypisch ist. Diese Situation ist der Tatsache geschuldet, dass der Bundestagswahlkampf nicht ausgewertet wurde. Zugleich lässt die CDU-Vorsitzende die Debatte zunächst laufen, weil erst in einem Jahr das Grundsatzprogramm verabschiedet werden soll und danach wichtige Landtagswahlen stattfinden.

Die Beschlüsse

Die Beschlusslage zeigt, dass die CDU noch nicht neue Sicherheiten für die Menschen in der veränderten, globalisierten Welt zu bieten hat. Da wurde sowohl der Antrag von Rüttgers wie der von Oettinger beschlossen. Regierungspolitik wird das nicht werden, weil die SPD gegen beide Stellung bezieht.

Der Antrag „Soziale Kapitalherrschaft – für mehr Arbeitnehmerbeteiligung an Gewinn und Kapital“ (Investivlohn) hat eine Chance in Regierungshandeln umgesetzt zu werden, weil die SPD hier Bereitschaft signalisiert hat. Die hier vorgesehenen Regelungen werden nicht entscheidend zur Verbesserung der Situation der Arbeitnehmer in ihren Betrieben beitragen. Aus den Gewerkschaften kam schon das Signal, dass diese Regelungen nur sinnvoll seien, wenn sie nicht Lohnanteile erfassen, sondern es sich um zusätzliche Regelungen handelt.

Der Beschluss zur frühkindlichen Bildung „Klein und einzigartig – auf den Anfang kommt es an“ bedeutet tatsächlich eine Neubestimmung der Position der CDU. Hier wurde zunächst die Bedeutung der frühkindlichen Bildung hervorgehoben, eine Auffassung, die in der alten Bundesrepublik lange Zeit verpönt war. Bemerkenswert ist, dass die CDU nunmehr auch den Kindergärten überhaupt eine größere Bedeutung neben dem Elternhaus beimisst. Die Familienministerin von der Leyen betonte, dass mittelfristig die Kindergärten beitragsfrei sein müssten. Sie bemerkte aber, dass dies nicht einseitig zu Lasten der Kommunen gehen dürfe. Auch durch den demografischen Faktor würden demnächst mehr Mittel für die Bildung frei werden (im Jahre 2020 – 60 Mrd. Euro). Darüber hinaus müsse es übergreifende Bildungspläne in den Ländern geben. Beschlossen wurden letztlich verbindliche Sprachtests, die Beitragsfreiheit des letzten Kindergartenjahres und (gegen den Willen der Ministerin) verbindliche Vorsorgeuntersuchungen. Ganztagschulen sollen ausgebaut werden. Mit ihren Bemühungen um die Bildung, vor allem im frühkindlichen Bereich, hat die CDU einen

wichtigen Schritt bei der Überwindung ihrer konservativen Positionen (wenn auch zunächst nur als Beschlusslage) vorgenommen und sie will sich hier vor der SPD als die kompetentere Kraft profilieren.

In dem beschlossenen außenpolitischen Antrag wird betont, dass nach dem Beitritt Rumäniens und Bulgariens keine neuen Staaten in die EU aufgenommen werden sollen. Eine Ausnahme könne es bei Kroatien geben. Als Lösung für die Türkei wird weiterhin eine „privilegierte Partnerschaft“ genannt.

Bilanz

Der Parteitag brachte insgesamt keine Neupositionierung der CDU. Die real verlaufenden Flügelkämpfe wurden nicht beendet. (Wenn auch vieles hier inszeniert war, handelt es sich um reale unterschiedliche Akzente und Strömungen in der CDU, die aufbrachen.) Die streitenden Ministerpräsidenten (besonders Rüttgers) wurden zwar von den Delegierten abgestraft, aber dennoch gewählt. Angela Merkel konnte ihre Position festigen. Sie steht aber nicht für eine bestimmte Richtung in der CDU. Sie ist nach dem erfolgreichen Prinzip „teile und herrsche“ vorgegangen. Inhaltlich ist sie im Rahmen der CDU-Politik nicht festgelegt.

Das Bekenntnis zu den Leipziger Beschlüssen wurde auf dem Parteitag wiederholt. Es ist der Parteispitze – bei allen Differenzen – wohl klar, dass diese politische Linie in Reinkultur nicht zum Erfolg führt. Der dort verabschiedete stramme neoliberale Kurs wurde nach Dresden relativiert. Ein Ausweg ist hier der Beschluss zum Investivlohn, der Chancen hat, weitgehend in Regierungshandeln umgesetzt zu werden. Weiterhin werden unter der Kanzlerschaft Merkel „kleine Schritte“ – aber keine weit reichenden Reformen (außer der Gesundheitsreform) demnächst zu erwarten sein.

Kulturell ist die CDU dabei, sich weiter zu verändern. Die Debatte und der Beschluss zur frühkindlichen Bildung sind ein Synonym dafür. Gerade auf dem Gebiet der Bildung und Erziehung, der Wissenschaft und Forschung ist die Auseinandersetzung zwischen CDU und SPD entbrannt, wer hier tonangebend in der Öffentlichkeit ist und auf diesem Gebiet punkten kann.

Insgesamt bleibt die CDU – vereinfacht gesagt – weiterhin rechts neben der SPD. Es wurde mehrfach der Anspruch formuliert, wieder über 40 Prozent auf Bundesebene zu kommen, ein wirksames Rezept ist aber hier nicht in Sicht. Die weiter sinkende Wahrscheinlichkeit, eine Zweier-Koalition mit der FDP nach der Wahl 2009 bilden zu können, wurde nicht zur Kenntnis genommen. Es war vor allem ein Parteitag, der nach innen gerichtet war. Das Regierungshandeln wird der Parteitag wenig tangieren. Der Ruf in der Mitgliedschaft nach einem stärkeren CDU-Profil wird bleiben.

Die CDU kann sich im nächsten Jahr auch weitere Debatten leisten. Sie werden mit dem kommenden Parteitag, auf dem das neue Grundsatzprogramm verabschiedet werden soll, enden.